

5 Anwendung auf die Szenarien

Die in Kapitel 4 zu rechtlichen Grundfragen erzielten Ergebnisse werden nicht in allen Szenarien gleichermaßen relevant. Im Folgenden soll daher anhand der einzelnen Szenarien dargestellt werden, welche der diskutierten Grundfragen zum Tragen kommen und wie diesen Feststellungen szenariumsgerecht Rechnung getragen werden kann.

5.1 Szenario 1: Lebensmittelprobe

Wie bereits in den Kapiteln 2.1 und 4.1.3 dargestellt, unterscheidet sich dieses Szenario von den übrigen dadurch, dass die Probenentnahme selbst in Rechte Dritter nicht eingreift, weil der Probennehmer die Probe käuflich erwirbt. Ein Kauf bedarf aber keiner Einwilligungserklärung und deshalb auch keiner vorgeschalteten Forschungsinformation. Der Forscher erwirbt an der Probe unzweifelhaft das unbeschränkte Eigentum.

Über die Probe hinaus werden aber auch in diesem Szenario weitere Angaben erfasst, so etwa über den Händler, bei dem die Proben erworben werden, oder auch über den Herkunftsbetrieb des Lebensmittels. Die Erfassung und Verwendung derartiger betriebsbezogener Daten zu Forschungszwecken ist aber nach den Feststellungen in Kapitel 4.2.4 (Eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb) einwilligungsfrei zulässig; dies gilt für die Verwendung dieser Daten in Fällen einer Meldung nach tierseuchenrechtlichen Bestimmungen ebenso.

Derartige Meldungen stoßen selbstverständlich nicht immer auf Zustimmung bei betroffenen Herkunftsbetrieben oder Händlern, weshalb in diesem Kontext Haftungsrisiken der betroffenen Forscher weitestgehend ausgeschlossen werden müssen.

Das grundsätzlich vorhandene Risiko einer Haftung entsteht aber nicht schon mit der reinen Forschungstätigkeit an den Proben, da diese zunächst ohne jede Auswirkung auf Erzeuger- und Händlerbetriebe bleibt⁴³. Führen die Untersuchungen der Probe zu einem positiven Befund, der eine Meldung/Anzeige nach tierseuchenrechtlichen Bestimmungen auslöst, so setzt der Forscher mit dieser Meldung/Anzeige zwar eine Grundbedingung für behördliches Tätigwerden; konkrete, den Händler oder Erzeuger belastende Maßnahmen ergreift er selbst jedoch nicht. Vielmehr gehen solche Maßnahmen dann stets auf einen Verwaltungsakt der zuständigen Behörden zurück. Diese werden die Meldung eines positiven Probenbefundes aber nicht ungeprüft übernehmen, sondern zunächst für dessen Verifizierung sorgen (müssen), bevor sie Maßnahmen veranlassen, die Erzeuger oder Händler von Lebensmitteln nachhaltig belasten. Das Handeln des Forschers kann daher keine unmittelbare Ursache für negative Auswirkungen auf den betroffenen Betrieb zeitigen.

⁴³ Eine namentliche Nennung dieser Betriebe in wissenschaftlichen Publikationen dürfte wohl nicht in Betracht kommen.

Ein haftungsauslösendes Verhalten von Forschern könnte daher allenfalls an der Meldung fehlerhafter Befunde anknüpfen, die unter vorsätzlicher oder fahrlässiger Missachtung wissenschaftlicher Sorgfaltspflichten erzielt worden sind. Selbst dann aber wird es wegen der vorgenannten Verifizierung durch zuständige Behörden kaum zu einer unmittelbaren Schädigung von Erzeugern und Händlern kommen.

Risiken der Forschenden, für eventuelle Schäden von Lebensmittelerzeugern und -händlern haften zu müssen, werden diesseits daher als tatsächlich wenig wahrscheinlich und eher als gering angesehen. Allerdings ist im eigenen Interesse der Forscher anzuraten, ihre Untersuchungen zum Nachweis der wissenschaftlich angemessenen Sorgfalt beweissicher zu dokumentieren.

Personenbezogene Daten fallen in diesem Szenario nicht an; betriebsbezogene Daten unterfallen den Datenschutzbestimmungen nicht. Auch insoweit entfallen Haftungsrisiken der befassten Forscher.

Darüber hinaus folgt aus der Nichtanwendbarkeit datenschutzrechtlicher Vorschriften auf dieses Szenario, dass auch Anonymisierungs- und/oder Pseudonymisierungsvorgaben hier nicht zum Tragen kommen. Konflikte mit Anzeige- und Meldepflichten tierseuchenrechtlicher Art entstehen daher ebenfalls nicht.

Haftungsrechtliche Risiken im weiteren Sinne treffen Forscher allerdings dann, wenn sie zum Kreis der Anzeigepflichtigen nach § 9 Abs. 3 TierSG oder der Meldepflichtigen nach § 1 Abs. 1 TKrMeldepflV⁴⁴ gehören. Unterlassen sie als Leiter einer öffentlichen oder privaten Untersuchungsstelle eine Anzeige nach § 9 Abs. 3 TierSG oder erstatten sie als Leiter einer privaten Untersuchungsstelle eine Meldung nach § 1 Abs. 1 TKrMeldepflV nicht, unvollständig oder nicht rechtzeitig, so handeln sie im Sinne des § 76 TierSG ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit kann mit bis zu fünfundzwanzigtausend Euro geahndet werden, § 76 Abs. 3 TierSG.

Hingegen schlagen Grundsätze aus dem ProdHaftG⁴⁵ nicht auf die Tätigkeit der mit der Probe befassten Forscher im Verhältnis zu Lebensmittelherstellern und Händlern durch. Zwar könnten die aus der Probe hergestellten Isolate noch unter den Produktbegriff des § 2 ProdHaftG gefasst und auch die Forscher als „Hersteller“ im Sinne des § 4 Abs. 1 S. 1 ProdHaftG begriffen werden. Diese Isolate werden indes nicht an Hersteller oder Händler von Lebensmitteln „zurückgereicht“ und auch nicht im Wege des Benefit-Sharings zugänglich gemacht (vgl. Kapitel 4.6). Vielmehr ist lediglich daran gedacht, diese Isolate der wissenschaftlichen Community zur Verfügung zu stellen.

Die Abklärung der damit verbundenen möglichen weitergehenden Rechtsbeziehungen⁴⁶ ist indes nicht Gegenstand der vorliegenden Expertise.

⁴⁴ Verordnung über meldepflichtige Tierkrankheiten.

⁴⁵ Gesetz über die Haftung für fehlerhafte Produkte (Produkthaftungsgesetz) vom 15. Dezember 1989, BGBl I S. 2198.

⁴⁶ Etwa zur Haftung der probenerhebenden Stelle gegenüber einem gescheiterten Forschungsprojekt.

5.2 Szenario 2: Probenentnahme im Betrieb mit Besonderheiten bei Haustieren und Pferden

Dieses Szenario zeichnet sich dadurch aus, dass bei einer Probenentnahme und der Erhebung weiterer Informationen zur Probe ein erweiterter Personen- bzw. Betriebskreis betroffen ist (zum Sachverhalt siehe oben Kapitel 2.1).

Dies kann dazu führen, dass ein Forscher zwar den Verantwortlichen eines Betriebes antrifft, dieser aber gar nicht in die Probenentnahme bei bestimmten Tieren wirksam einwilligen kann, weil er zwar Halter, aber nicht Eigentümer der Tiere ist. Dies wird beispielsweise häufig bei „Pferdehöfen“ der Fall sein, in denen Pferde-Eigentümer ihre Tiere dauerhaft zur Pflege untergebracht haben. Aber auch für Tierheime ist dies wahrscheinlich, weil diese nicht selten auch die Versorgung und Unterbringung von Tieren wie Hunden und Katzen während des Urlaubs der jeweiligen Eigentümer übernehmen.

Daher muss der Forscher zunächst zweifelsfrei sicherstellen, wer Eigentümer der Tiere ist, die beprobt werden sollen und diese Feststellung auch dokumentieren. Erst wenn klar ist, wer Eigentümer ist, macht die Vorlage einer Forschungsinformation und einer Einwilligungserklärung an diesen überhaupt Sinn.

Soweit die Probenentnahme als solche betroffen ist, ergeben sich aus dem weiteren Verfahren keine Besonderheiten daraus, ob in einem Fall (Landwirtschaftsbetrieb oder ein Tierhändler) ein Betriebsinhaber und in einem anderen Fall eine Privatperson (Pferde- oder Hundeeigner) in die Beprobung seines Tieres einwilligt. Wesentlich ist in beiden Fällen nur, dass die Einwilligungserklärung eindeutig klarstellen sollte, dass das Eigentum an der Probe dem Forscher übertragen wird und die Forschungsinformation dies entsprechend abbildet, sprich: hierüber ebenfalls klar informiert.

Unterschiede ergeben sich aber, sobald ergänzende Angaben zur Probe erhoben und verarbeitet werden sollen. Geht es um **Betriebsdaten**, so schlagen die Ausführungen aus dem Kapitel 4.2.4 durch: Soweit Geschäftsgeheimnisse betroffen sind (siehe Kapitel 4.2.4 – Geschäftsgeheimnisse), muss für deren Erhebung und Nutzung die Einwilligung des Betriebsinhabers bzw. Handlungsbevollmächtigten (beispielsweise der Geschäftsführer) eingeholt werden; die Forschungsinformation muss über Erhebung und Verwendung dieser Betriebsdaten informieren.

Handelt es sich hingegen um betriebsbezogene Daten, die lediglich grundsätzlich dem Bereich des eingerichteten und ausgeübten Geschäftsbetriebs unterfallen, aber allgemein zugänglich sind, ohne dass es der Mithilfe des Betriebsinhabers (oder seiner Bevollmächtigten) bedarf, gelten die Ausführungen aus Kapitel 4.2.4 (Eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb). Ihre Erhebung und Verarbeitung ist einwilligungsfrei zulässig; lediglich gezielte Nachfragen eines Betriebsverantwortlichen sind wahrheitsgemäß zu beantworten und zu protokollieren.

Abweichend von sonstigen Haustieren, wie etwa Hunden und Katzen, ergibt sich im Zusammenhang mit der Pferdehaltung dabei die Besonderheit, dass Pferde vor dem 31. Dezember des jeweiligen Geburtsjahres beziehungsweise innerhalb von sechs Monaten nach der Geburt, je nachdem, welche Frist später abläuft, mit einem implantierbaren Mikrochip gekennzeichnet werden müssen und für sie ein Equidenpass als Identifizierungsdokument ausgestellt werden muss. Auch diese Elemente werden im HI-Tier gespeichert.⁴⁷ Da im Equidenpass sowohl die Daten des Ersteigentümers als auch diejenigen der nachfolgenden Eigentümer (letztere nicht standardmäßig) enthalten sind, stellt sich bei Pferden daher immer das Problem, den für die betreffenden personenbezogenen Daten jeweils Einwilligungsberechtigten anzusprechen; denn ein späterer Eigentümer kann selbstverständlich nur wirksam in die Erhebung und Verarbeitung **seiner** personenbezogenen Daten einwilligen, nicht aber in die der Erst- und/oder Voreigentümer.

Fallen hingegen **personenbezogene** Daten an, ist auf die Ergebnisse aus Kapitel 4.2.3 zu verweisen: Bei den betroffenen Personen ist in jedem Fall eine Einwilligung in die Erhebung und Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten einzuholen. Die Forschungsinformation muss über die Freiwilligkeit der Einwilligung und über die (folgenlose) Möglichkeit zum Widerruf belehren.

Diese Widerruflichkeit der Einwilligung ist Ausfluss des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts in seiner speziellen Ausprägung der informationellen Selbstbestimmung. Sie ist Spiegelbild der Freiwilligkeit einer Einwilligung nach § 4a Abs. 1 BDSG⁴⁸.

Dies bedeutet zugleich, dass diese Widerruflichkeit auch im Zusammenhang mit der Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten zum Tragen kommt, nicht hingegen bei betriebsbezogenen Daten. Bei letzteren ist das Eigentumsrecht des Einwilligenden tangiert, das ein Korrektiv einer Verfügungserklärung auch in wesentlich nachhaltigeren Rechtseinräumungen (etwa bei vollständiger Übertragung des Eigentumsrechts an einer Sache) nicht kennt (es sei denn, es liegt ein Irrtum über die Tragweite einer Erklärung vor). Es besteht daher kein Anlass, im Zusammenhang mit der Verfügung über betriebsbezogene Daten ein solches Korrektiv einzuführen.

Anders als bei humanem Biomaterial ist deshalb auch nicht ersichtlich, weshalb eine Einwilligung in die Verarbeitung einer Probe sollte widerrufen werden können. Während bei Humanproben ein Widerrufsrecht nämlich aus dem Allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Spenders hergeleitet wird, das sich selbst auf kleinste Körperbestandteile des betroffenen Menschen erstreckt, fehlt es bei tierischen Proben an genau diesem Persönlichkeitsrecht und damit an einer Rechtsgrund-

47 Die HIT-Equiden-Datenbank ist eine Erweiterung des Herkunftssicherungs- und Informationssystems für Tiere; <http://www.hi-tier.de/infoEQ.html#Equidendatenbank>.

48 Simitis (2011.); Rn. 90 zu § 4a BDSG.

lage für einen Widerruf einer Einwilligung in die Probenentnahme und -verwendung. Es bedarf deshalb auch keiner diesbezüglichen Verzichtserklärung des Einwilligenden oder einer entsprechenden vorangehenden Information.

Erforderlich können daher in diesem Szenario neben einer jeweils angepassten Forschungsinformation sein:

- die protokollierte Feststellung desjenigen, der wirksam in die Probenentnahme beim Tier einwilligen kann (= Tiereigentümer);
- dessen Einwilligung in die Probenentnahme;
- die zugleich mit der Einwilligung erklärte Übereignung der Probe;
- die Einwilligung in die Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten;
- die Einwilligung in die Erhebung und Verarbeitung von nicht offen zugänglichen Betriebsdaten.

Entbehrlich ist hingegen eine Einwilligung in die Erhebung und Verarbeitung allgemein zugänglicher betrieblicher Daten. Gleiches gilt für die Anzeigen oder Meldungen tierseuchenrechtlicher Art: Sie sind einwilligungsfrei zulässig. Fragt allerdings ein Betriebsverantwortlicher gezielt nach, ob gegebenenfalls solche Anzeigen und Meldungen vorgenommen werden, ist dies – zusammen mit der wahrheitsgemäßen Antwort zum Verfahren in solchen Fällen – zu protokollieren.

Neben denjenigen Daten, die der konkret einwilligenden Person oder dem Betrieb zuzuordnen sind, bei denen die Probenentnahme stattfindet, können allerdings weitere Informationen zu Proben erfasst werden, die anderen Quellen entstammen und beispielsweise auch Vorbesitzer von Tieren betreffen. Es liegt aber auf der Hand, dass ein Einwilligender nicht über Daten wirksam verfügen kann, die einem Dritten rechtlich zugeordnet sind; dies gilt sowohl für betriebsbezogene als auch für personenbezogene Daten.

Da eine ergänzende Einwilligung der jeweiligen Dritten aber realistischerweise nicht eingeholt werden können, jedenfalls aber nur sehr aufwendig zu organisieren wäre, kann grundsätzlich nur die Aussage getroffen werden, dass Daten Dritter nur dann erhoben und verarbeitet werden können, sofern dies einwilligungsfrei zulässig ist. Dies aber ist nur der Fall, wenn diese Daten aus öffentlich zugänglichen Quellen stammen oder schon bei früheren Forschungsvorhaben in ihre Verwendung eingewilligt worden ist und diese Einwilligung auch den gegenwärtigen Forschungszweck abdeckt. Die Frage kann deshalb nur im jeweiligen Einzelfall abschließend beurteilt werden.

5.3 Szenario 3: Probenentnahme im Schlachthof

Wie bereits oben in Kapitel 2.1 ausgeführt, unterscheidet sich dieses Szenario nicht wesentlich vom Szenario 2, also der Probenentnahme in einem sonstigen Betrieb.

Anders als bei einem landwirtschaftlichen Betrieb, der auch durch eine Einzelperson geführt werden kann, oder bei privat gehaltenen Tieren wie Hunden oder Pferden, ist es bei Schlachthöfen jedenfalls aber wohl nicht die Regel, dass begleitend zur Probe selbst auch personenbezogene Daten⁴⁹ des Eigners eines beprobten Tieres erhoben und verarbeitet werden.

Auch muss hier in der Regel nicht zunächst der Eigner eines Tieres ermittelt werden, weil Schlachthöfe überwiegend die Schlachttiere aufkaufen und damit eine für den Schlachthof verantwortlich zeichnende Person (Betriebsleiter, Geschäftsführer, Prokurist) als Adressat begehrter Einwilligungserklärungen feststeht.

Um aber auch Ausnahmefälle (etwa bei Auftragsschlachtungen) rechtssicher abzudecken, wird dazu geraten, in die Einwilligungserklärungen für Schlachthöfe einen Passus aufzunehmen, in dem der Einwilligende versichert, dass der betreffende Betrieb Eigentümer der beprobten Tiere ist.

Im Übrigen gelten hier die Ausführungen zum Szenario 2 entsprechend, insbesondere auch bezüglich derjenigen Daten, die Dritte betreffen (Vorbesitzer der Tiere, Zuchtbetriebe, Informationen aus Quellen wie HI-Tier etc.): Entstammen diese Daten Quellen, auf die der Forscher frei zugreifen kann, können sie einwilligungsfrei genutzt werden⁵⁰. Ist dies nicht der Fall, so bedarf es bereits aus rein tatsächlichen Gründen der Mitwirkung derjenigen, die über diese Daten verfügen (Landwirt, Schlachtbetrieb, Händler). So können beispielsweise auf die Rinderdatenbank bei HI-Tier neben den meldepflichtigen Rinderhalten und Schlachtbetrieben Veterinärbehörden, beauftragte Regionalstellen, Prämienbehörden der Länder und amtlich zugelassene Etikettierbetriebe zugreifen⁵¹. HI-Tier berücksichtigt jedoch bei der Zugriffsregelung nach eigenen Angaben datenschutzrechtliche Grundsätze. Ein Forscher, der Daten aus HI-Tier nutzt, sollte daher überprüfen, ob seine Zugriffsberechtigung für die Datenbank mit Einschränkungen hinsichtlich der Datenverwendung verknüpft ist.

Wenn es für ein Forschungsvorhaben nicht ausreicht, etwa die aus der Ohrmarke⁵² eines beprobten Tieres hervorgehenden Daten festzuhalten, sondern beispielsweise die detaillierten Angaben aus einem Rinderpass oder Stammdatenblatt genutzt werden sollen, so sind zudem auch personenbezogene Daten betroffen, wenn Name, Vorname und Anschrift des Tierhalters/-eigentümers erhoben und verarbeitet werden. Bei den bis 31. Dezember 2007 verwendbaren Rinderpässen konnten diese Angaben auch zu allen Übernehmern der betreffenden Tiere enthalten sein.

49 Zu dem Begriff siehe die Ausführungen in Kapitel 4.2.3: Angaben zu Betrieben oder zum Tier selbst unterfallen dem Begriff *nicht*, lediglich diejenigen zu konkreten natürlichen Personen.

50 Denkbar ist allerdings, dass Nutzungsbedingungen (etwa für Datenbanken) Verwendungsbeschränkungen vorsehen, die dann aus vertragsrechtlichen Gründen einzuhalten sind. Dies betrifft dann jedoch lediglich das Vertragsverhältnis beispielsweise zwischen einem Datenbankanbieter und dem Forscher als Datenbanknutzer.

51 www.hi-tier.de/info03.html.

52 Zu den mit den Ohrmarken verknüpften Sonderfragen siehe Kapitel 7.

Kann ein Forscher für diese Daten keine die Erhebung und Verarbeitung zulassende Rechtsvorschrift für sein Forschungsvorhaben reklamieren⁵³, so bedarf es bezüglich dieser Daten ebenfalls einer Einwilligung nach § 4a Abs. 1 BDSG. Soll erlaubt werden, Daten aus HI-Tier abzurufen und zu nutzen, wird eine solche Einwilligung sinnvollerweise als Abfragevollmacht für den Forscher ausgestaltet.

Zusammenfassend gilt für das Szenario 3 damit, dass

- eine Einwilligung in die Probenentnahme grundsätzlich erforderlich ist;
- diese sinnvollerweise eine Eigentumsübertragung für die Probe enthalten sollte;
- eine erweiterte Einwilligung erforderlich wird, wenn neben betriebsbezogenen Daten auch personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet werden sollen;
- betriebsbezogene Daten, die dem Forscher ohne Weiteres zugänglich sind, einwilligungsfrei erhoben und verarbeitet werden dürfen;
- wie im Szenario 2 Fragen der Betroffenen wahrheitsgemäß zu beantworten und zu protokollieren sind.

5.4 Szenario 4: Probenentnahme von Wildtieren

Für dieses Szenario ist in Kapitel 2.1 zwischen dem Lebendfang (Einfangen, Betäuben, Beprobieren und Freilassen des Tieres) und Probenentnahmen aus der Jagdstrecke unterschieden worden.

Soweit die zweite Variante betroffen ist, ergeben sich aus § 960 BGB keine Besonderheiten zu sonstigen Beprobungsszenarien. In dieser Variante ist das (erlegte) Wildtier nämlich nicht mehr herrenlos, weil der Jagdberechtigte durch das Erlegen von seinem Aneignungsrecht gemäß § 1 Abs. 5 BundesjagdG bereits Gebrauch gemacht hat und Eigentümer des Tieres geworden ist.

Will man als Forscher in das Eigentum „erlegtes Wildtier“ des Jagdausübungsberechtigten eingreifen, so bedarf es hierzu dessen Einwilligung. Dies gilt für die Erfassung personenbezogener Daten des Jagdausübungsberechtigten ebenso; die Einwilligung muss deshalb auch den Anforderungen des § 4a Abs. 1 BDSG genügen. Vergleichbar ist die Situation am ehesten derjenigen einer Beprobung eines Haustieres (Hund, Katze), bei der gegebenenfalls Daten zur Person des Eigentümers des Tieres, aber keine betriebsbezogenen Daten anfallen.

Die in anderen Szenarien zu klärende Frage der einwilligungsfreien oder einwilligungspflichtigen Erhebung und Verarbeitung betriebsbezogener Daten stellt sich hier also nicht.

⁵³ Auch hier ist darauf hinzuweisen, dass dies im Rahmen einer aufgrund tierseuchenrechtlicher Maßnahmen durchgeführten Beprobung und Datenerhebung aber der Fall wäre.

Diskutiert worden ist in diesem Kontext im Kreise der Auftraggeber dieser Expertise allerdings auch die Frage, inwieweit die Erhebung und Verarbeitung im Prinzip allgemeiner Daten wie etwa dem Erlegungsort dazu führen müssten, die Besitzer angrenzender Ländereien und Betriebe oder die Jagdausübungsberechtigten angrenzender Reviere über die Möglichkeit der Erzielung positiver Befunde zu informieren. Gemeint war hier eine Informationspflicht im Vorfeld der Beprobung, weil positive Befunde ja letztlich negativ auf diesen Personen- bzw. Betriebskreis durchschlagen könnten. Eine derart weitreichende Informationspflicht gegenüber einem im ungünstigsten Fall reflexartig tangierten Personenkreis lässt sich indes rechtlich nicht begründen.

Die erste Variante des Lebendfangs eines Wildtieres hat die Ausgangslage des § 960 BGB zu berücksichtigen; das Tier ist herrenlos. Das Aneignungsrecht des Jagdausübungsberechtigten erstreckt sich nach den Ausführungen in Kapitel 4.1.2 auch auf das Fangen von Wild, weshalb auch bei dieser Variante der Wildbeprobung die Einwilligung des Jagdausübungsberechtigten zu Probenentnahmen erforderlich ist.

Auch hier ist möglichst für eine gleichzeitige Eigentumsübertragung bezüglich der Probe zu sorgen. Hinsichtlich ergänzend zur Probe erhobener und verarbeiteter Daten gilt das zur Variante der Beprobung erlegter Tiere Gesagte.

Die Einwilligung des Jagdausübungsberechtigten ist allerdings entbehrlich, soweit es um Wildtiere geht, die nicht dem Jagdrecht unterliegen⁵⁴. Für diese Tierarten gilt es lediglich, Naturschutzbestimmungen zu beachten (vgl. insoweit Kapitel 4.1.2).

Einen Randaspekt kann sowohl bei jagdbaren als auch bei sonstigen Wildtieren deren konkreter Aufenthaltsort in der Beprobungssituation bilden. Als Beispiele sind hier Störche auf einem Hausdach und Fledermäuse in einer Zittelle genannt worden.

Zwar wird derjenige, auf dessen Grundstück ein solches Tier beprobt werden soll, noch nicht zu dessen Eigentümer, sodass insofern auch eine Einwilligung in die Beprobung selbst hier nicht zur Diskussion steht. Allein der Zugriff auf Tiere in dieser Situation erfordert aber den Zutritt zum Haus oder Grundstück des jeweiligen Betroffenen, der selbstredend ohne dessen Einverständnis nicht statthaft ist⁵⁵.

Dieses Einverständnis kann im Prinzip formlos erteilt werden, jedoch wird es wohl bereitwilliger erteilt, wenn Betroffene in diesen Fällen über das jeweilige Forschungsvorhaben kurz informiert werden. Um eventuellen späteren Zweifeln an einem solchermaßen erklärten Einverständnis entgegenzuwirken, sollte dieses dabei gleichzeitig dokumentiert werden.

⁵⁴ Die dem Jagdrecht unterliegenden Tierarten listet § 2 BJagdG auf; allerdings können nach § 2 Abs. 2 BJagdG die Länder weitere dem Jagdrecht unterliegende Tierarten bestimmen.

⁵⁵ Ein Eindringen in diesen Bereich könnte als Hausfriedensbruch nach § 123 StGB verfolgt werden.